Stand: 11.07.2025 22:31:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/13390

"Eingabe betreffend Einwände gegen die geplante Erweiterung eines Industriebetriebs Az: EB.0546.18"

Vorgangsverlauf:

1. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 04.02.2021
2. Beschluss des Plenums 18/13390 vom 09.02.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 09.02.2021

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/12919 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, AfD und FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/13112 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen und zusätzlich der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/12920 bis 18/12925 und 18/13113 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Eingabe
betreffend Einwände gegen die geplante Erweiterung eines Industriebetriebs
Az: EB.0546.18

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich in seiner 30. Sitzung am 25. November 2020 mit der Eingabe befasst und beschlossen, diese gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären mit der Maßgabe, dass den Belangen des Bannwaldes besonders Rechnung getragen wird. Zudem wurde beschlossen, dem Petenten die Stellungnahme der Staatsregierung und einen Protokollauszug zu übersenden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen und über die Entscheidung des Ausschusses in der Vollversammlung zu beraten und zu beschließen.

Zur Berichterstattung erteile ich dem Herrn Kollegen Miskowitsch das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Bitte, Herr Abgeordneter.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben es bereits gesagt: Wir beraten uns jetzt am Abend zu einem "Hochzieher" der GRÜNEN. Warum, ist mir nicht ganz klar, aber das wird uns die Kollegin sicher noch erläutern. Es geht um die Eingabe der Bürgerinitiative Lech-Schmuttertal. Sie richtet sich gegen die Rodung von zwanzig Hektar Lohwald und bringt Einwände gegen die geplante Erweiterung der Lech-Stahlwerke in Meitingen im Landkreis Augsburg vor.

Gleichzeitig gab es damals im Petitionsausschuss eine Gegenpetition, unterschrieben von 1.400 Personen, die sich für die Erweiterung ausspricht. Die Gegenpetition wurde heute nicht hochgezogen, aber ich denke, man sollte das hier schon auch erwähnen.

Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass es sich hier um eine Sache der kommunalen Planungshoheit handelt. Dennoch haben wir ausführlich im Petitionsausschuss darüber beraten und um ein Ergebnis gerungen. In umfangreichen Stellungnahmen des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz und des Amts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu dieser Eingabe wurden die Eingriffe in die Natur genauestens untersucht, und es wurde geprüft, welche Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden müssen. Im Ergebnis haben die Behörden festgestellt, dass die Flächen der Ausgleichsmaßnahmen größer als die gerodeten Flächen sind. In genauen Zahlen heißt dies, dass die zur Rodung vorgesehene Waldfläche eine Größe von 176.717 Quadratmetern einnehmen soll. Die aufzuforstende Fläche hat eine Größe von 231.641 Quadratmetern. Rund fünf Hektar werden also zusätzlich aufgeforstet.

Man hat sich vor Ort bereits darauf verständigt, dass die Ausgleichsflächen vorab hergestellt werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den man berücksichtigen sollte. Ebenfalls wichtig ist, dass diese 20 Hektar nicht sofort von den Lech-Stahlwerken bebaut werden, sondern dass das Firmengelände sukzessive erweitert werden soll. Das heißt, die Ausgleichsflächen gibt es gleich als hochwertige Flächen, aber die gerodeten Flächen werden erst nach und nach erschlossen. Mittlerweise sind auch 150 Fledermauskästen und 70 Baumhöhlen für Fledermäuse und Vögel installiert worden. Die Aufforstung ist bereits beantragt und mit den zuständigen Behörden besprochen und abgestimmt.

Vor Ort hat man sich natürlich auch darüber Gedanken gemacht, wie die Erweiterung dieser wichtigen Firma vor sich gehen soll. Deswegen fanden bereits im Februar und im Oktober Runde Tische statt. Die betroffenen Kommunen haben bestätigt, dass die Lech-Stahlwerke umweltbewusst und nachhaltig handeln. Das ist auch das Ergebnis eines gemeinsamen Prozesses der Firma und der Kommunen, dass man hier in den letzten Jahren miteinander an einem Strang gezogen hat. Deswegen ist die Erweiterung für dieses wichtige Unternehmen in Meitingen einfach auch dringend notwendig. Fehler oder Missstände bei der Bearbeitung des Vorgangs konnten nicht erkannt werden.

Die GRÜNEN sehen das Vorhaben insgesamt als problematisch. Ihrer Meinung nach ist fraglich, ob der neu begründete Wald hinsichtlich der Ausdehnung und der Funktion dem zu rodenden Wald gleichwertig ist. Zudem gäbe es Alternativflächen. Ich denke, es liegt in der Natur der Sache, dass sich die Fraktion der GRÜNEN für diese Belange einsetzt. Wir haben uns die Sache neutral angesehen. Unsere Aufgabe – gerade als Petitionsausschuss – ist es auch, Missstände oder Fehler im Verfahren aufzudecken. Hier – das möchte ich noch mal sagen – wurde nichts gefunden.

Vielleicht noch schnell ein paar Zahlen und Fakten zu den Lech-Stahlwerken.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit läuft in zwei Sekunden ab.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Keine Zahlen und Fakten mehr zu den Lech-Stahlwerken?

(Heiterkeit)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Ich gehe davon aus, dass die Zahlen und Fakten in den Fraktionen auch bekannt sind. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Das Plenum ist heute bis 18 Uhr angesetzt, das heißt, wenn wir erst nach 18 Uhr zur Abstimmung kommen sollten, kann ich sie nicht durchführen und müsste sie dann auf die nächste Plenarsitzung verlegen.

Die Redezeit beträgt für die CSU 9 Minuten, für die GRÜNEN 6 Minuten, für die FREIEN WÄHLER 5 Minuten, für die AfD 4 Minuten, für die SPD 4 Minuten, für die FDP 4 Minuten und für die Staatsregierung 9 Minuten. Der fraktionslose Abgeordnete Herr Plenk hat 2 Minuten Zeit.

Erste Rednerin ist die Abgeordnete Stephanie Schuhknecht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Frau Schuhknecht.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Ende eines langen Plenartages debattieren wir heute noch über diese Eingabe, weil meine Fraktion das so beantragt hat, und zwar aus guten Gründen: Erstens, weil aus unserer Sicht die Eingabe ein gutes Beispiel für den laxen Umgang mit geschütztem Bannwald in Bayern ist; zweitens, weil sich die Regierungsfraktionen bei den Beratungen im Petitionsausschuss mit fadenscheiniger Begründung nicht einmal auf einen Ortstermin einlassen wollten; drittens, weil in diesem Fall schlicht und ergreifend ausreichend andere Flächen für die gewünschte Erweiterung der Lech-Stahlwerke zur Verfügung stünden; viertens, weil die Runden Tische im Gegensatz zu dem, was mein Kollege Miskowitsch gerade gesagt hat, eben nicht zur Befriedung vor Ort beigetragen haben.

Als Vorsitzende des Petitionsausschusses ist mir durchaus bewusst, dass Planungsrecht in die Hoheit der Kommunen fällt, und es liegt mir wirklich fern, der zuständigen Gemeinde vorschreiben zu wollen, wie sie was zu planen hat. Im Kern geht es in dieser Sache aber nicht um kommunale Planungshoheit, sondern um die Anwendung des Waldgesetzes, also eines Landesgesetzes. Artikel 11 des Bayerischen Waldgesetzes schützt explizit Bannwald in seiner Flächensubstanz aufgrund seiner – ich zitiere – "außergewöhnliche[n] Bedeutung für das Klima, den Wasserhaushalt oder für die Luftreinigung […]". Im Fall der Lech-Stahlwerke kommt noch hinzu, dass der dortige Bannwald auch eine nicht zu unterschätzende Lärmschutzfunktion erfüllt, gerade für die umliegenden Gemeinden. Zum Beispiel ist die Biberbacher Zollsiedlung schon heute über alle Maßen belastet. Die circa 20 Hektar Wald, die gerodet werden sollen, sollen zwar wieder aufgeforstet werden – das wurde schon gesagt –, aber eine tatsächliche Funktionsgleichheit tritt erst nach mehreren Jahrzehnten ein. Absurderweise genügt es aber nach Einschätzung der zuständigen Waldbehörden angeblich dem Buchstaben des Gesetzes. Daran habe ich, daran hat meine grüne Fraktion erhebliche Zweifel; denn eine Funktionsgleichheit auf dem Papier nützt im Zweifel weder dem Wald noch den Bürger*innen vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass für den Ausbau der B2 zwischen Augsburg und Donauwörth – manche sind die Strecke vielleicht schon gefahren – seinerzeit der Bannwald, der jetzt gerodet werden soll, noch aufwendig und kurvenreich umfahren und damit verschont wurde. Damals hat man keine Kosten und Mühen gescheut, dort Flora und Fauna zu schützen. Die damalige Regierung hat den Schutz dieses Klimawaldes also offensichtlich deutlich ernster genommen, als

es die Bayern-Koalition jetzt unter dem "Baumumarmer" Markus Söder und einem Umweltminister der FREIEN WÄHLER tut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf meine Nachfrage im Ausschuss hin erklärte der Vertreter der Staatsregierung, dass eine vollständige Funktionsgleichheit des Ausgleichswaldes erst nach 50 bis 80 Jahren gegeben sein wird.

Kolleginnen und Kollegen, ich kann und will nicht akzeptieren, dass wir eine Staatsregierung haben, die eine Ausgleichsmaßnahme akzeptiert, die erst für meine Enkel und Urenkel voll zum Tragen kommt. Wenn man etwas genauer hinsieht, muss man darüber hinaus noch feststellen, dass der geplante Ausgleichswald beim Thema Biodiversität absolut mangelhaft sein wird; denn er soll durch eine Bahnlinie zerschnitten werden. Die Neupflanzungen werden ohnehin erst in 50 Jahren für die eher wenig mobilen Arten interessant. Damit wird ihr Lebensraum drastisch verkleinert und könnte am Ende so klein ausfallen, dass die Populationen nicht mehr überleben können. Letztendlich zeigt das Beispiel wieder einmal sehr gut, wie die Einstellung der Staatsbehörden zur Biodiversität jenseits von schönen Hochglanzbroschüren und Blühwiesen wirklich ist. Sobald sie stört, muss sie weg. Ob die Ausgleichsmaßnahmen wirken, interessiert am Ende leider niemanden.

Ich möchte noch auf einen weiteren Widerspruch hinweisen. Die Lech-Stahlwerke beantragen momentan beim Landratsamt Augsburg eine Kapazitätserhöhung auf 1,4 Millionen Tonnen Rohstahl. Das ist ein Plus an 300.000 Tonnen. Bei diesem Antrag wird genau der Lohwald als Funktionswald mit Pufferwirkung gegenüber den Emissionen und Luftschadstoffen bezeichnet. Diese Pufferwirkung wäre durch die Teilrodung doch eigentlich ganz klar Makulatur. Auch die Fachbehörden unterstreichen in dieser Angelegenheit noch einmal sehr klar diese Schutzwirkung.

Das ist doch wirklich widersinnig! Das hat weder Hand noch Fuß. Auf der einen Seite wird der Lohwald als Argument für die Kapazitätserweiterung herangezogen, auf der anderen Seite soll genau dieser Wald im nächsten Schritt gerodet werden. Aus meiner Sicht ist klar: Wenn die Kapazitätserhöhung genehmigt wird, kann auf keinen Fall die Rodung genehmigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch mal betonen: Alternative Flächen nördlich des Werks wurden nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Hier heißt es schlicht: Der Bauer verkauft nicht. Dies seien doch auch wertvolle landwirtschaftliche Flächen, die man nicht versiegeln könne. – Es mag ja sein, dass die nördlichen Grundstücke ein bisschen ungünstiger für den Betriebsablauf sind. Das sehe ich ein. Natürlich ist eine solche Verhandlung und die Kompromissfindung wirklich mühsam und beschwerlich. Aber ganz offensichtlich ist die Kompromissfindung für etwas anderes mühsamer, als eine Ausnahmegenehmigung für die Rodung zu erhalten. Das ist doch der Kern des Problems!

(Zuruf)

Zu Ihrem Vorwurf, Herr Dr. Schwartz, den ich schon vorhersehe – Sie kommen ja nach mir –, das sei wieder typisch grün, alles ideologisch: Ja, das ist typisch grün!

(Zurufe)

Typisch grün ist es, Ökonomie und Ökologie zusammenzubringen, nicht das eine gegen das andere auszuspielen, kreative und innovative Lösungen zu finden,

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

die beides ermöglichen. Das ist typisch grün.

(Zurufe)

Natürlich sind uns Arbeitsplätze wichtig, aber es gilt auch: Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten. So ist es einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen halten wir an unserem Votum fest. Die Rodung des Bannwalds ist abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Häusler. Bitte.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Liebe Steffi, ich habe drei Fragen an dich: Erstens geht es um Arbeitsplätze. Hier sollen 300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Drei Kilometer vom Standort entfernt hat die Showa Denko dichtgemacht, in derselben Gemeinde Meitingen sind Arbeitsplätze massiv weggefallen. In Augsburg – du kommst aus Augsburg – sind sehr viele Arbeitsplätze weggefallen – Fujitsu, WAFA, LEDVANCE usw. Die Bürgerinitiativen sagen, Stahlwerke sind überall gut, nur nicht in unserer Region. Das ist meines Erachtens inkonsequent: entweder Arbeitsplätze oder keine.

Zweitens geht es um das Thema Recycling. Die Lech-Stahlwerke sind einer der größten Recyclingbetriebe Bayerns. Dort werden zum Beispiel alte Autos recycelt und wird Kreislaufwirtschaft betrieben. Wo sollen die denn dann hin? Sollen die auf Halde oder ins Ausland transportiert werden, wenn das hier nicht mehr möglich ist?

Drittens geht es um die Waldfunktion. Die Aussage stimmt einfach definitiv nicht, dass ein neuer, junger Wald erst in 50 oder 80 bis 90 Jahren, wie gerade eben ausgeführt, eine Schutzfunktion hat, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist beendet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – sondern Laubwald hat sie bereits nach 20 bis 30 Jahren. 50 % mehr Fläche bringt auf jeden Fall mehr als ein halbtoter Wald, wie er es jetzt ist. Darum wäre eine Standortbesichtigung gut gewesen, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – um zu sehen, dass dieser Wald im Grunde jetzt schon zum Großteil funktionsunfähig ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Die Aussage 50 bis 80 Jahre kommt nicht von mir, sondern die wurde mir aus dem Ministerium heraus so bestätigt. Insofern ist dies nichts, was ich erfunden habe. Zum Thema Arbeitsplätze ist zu sagen, gerade im Recyclingbereich – so ist mein Stand der Information – werden Arbeitsplätze von einem anderen Standort nach Meitingen verlagert. Das mag jetzt sozusagen für Meitingen erstrebenswert sein, aber die 300 Arbeitsplätze fehlen dann wieder woanders. Das heißt, es ist nur ein Verschiebemanöver an dieser Stelle.

Wie gesagt, ich bin nicht dagegen, dass sie erweitern. Ich war vor Ort und habe mit ihnen geredet. Ich habe nicht das Gefühl, dass die nördlichen Flächen ernsthaft in Erwägung gezogen worden sind. Das war sozusagen eher das Gefühl, dass ver-

sprochen worden ist: "Das läuft schon mit dem Bannwald" und "Ihr braucht euch um die nördlichen Flächen gar keine Gedanken mehr machen".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Wir haben keine weitere Zwischenbemerkung. Frau Schuhknecht, Sie dürfen zurück an Ihren Platz gehen.

(Heiterkeit)

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Okay, gut.

(Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Harald Schwartz von der CSU-Fraktion.

(Zuruf)

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beginnen wir doch mit dem Augenfälligsten betreffend das Hochziehen dieser Eingabe, dem "Warum?". Was will man damit außer einer politischen Showveranstaltung erreichen, mit der man eine Klientel bedient, die man meint mit immer denselben Themen – ob die Sinn machen oder nicht – unterhalten zu müssen?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Wir haben hier eine Entscheidung, die ganz offensichtlich dem Bereich der kommunalen Planungshoheit unterliegt. Das heißt, es ist ganz egal, was wir heute hier entscheiden. Schlussendlich wäre das Ergebnis immer dasselbe. Aber jetzt wird hier so ein Popanz aufgebaut. Nun wird so getan, als könnten wir hier vor Ort die rechtskräftig getroffene Entscheidung noch beeinflussen, um irgendwen hinter dem Ofen hervorzulocken.

Frau Schuhknecht, ich nehme es Ihnen schon ein bisschen übel, dass Sie sagen: Mit fadenscheinigen Argumenten habe man einen Ortstermin nicht durchgeführt. Ich erinnere mich an die Argumente sehr genau. Wir hatten uns darüber unterhalten. Der Kollege Miskowitsch hatte die Fakten dargelegt, und dann hieß es: Wir hätten gern einen Ortstermin. Auf meine Frage: "Warum brauchen wir einen Ortstermin?", kam die Antwort: Ja, dann könnte man vor Ort allen noch einmal die Gelegenheit geben, darüber zu sprechen. Dann könnten wir vor Ort nach Kompromissen suchen. Dann könnten wir vor Ort eine neue Lösung anstreben. – Genau dazu dient der Ortstermin aber nicht! Beratungen am Runden Tisch hat es gegeben. Es gibt Gremien und ein Verwaltungsverfahren, in dem die Einwände und Argumente abgewogen werden. Ein Ortstermin eines Ausschusses dient dazu, dass man sich die örtliche Gegebenheit, die man der Akte möglicherweise nicht recht entnehmen kann, noch einmal näherbringt, dass der eine oder andere sich nach seinem Kartenstudium davon überzeugt, wie die Lage vor Ort ist. – Was man hier wollte, ist eine Showveranstaltung, ein Tribunal.

Lassen Sie mich auf zwei oder drei Punkte eingehen, die in besonderer Weise herausstechen.

Wir haben hier die Situation, dass sich alle Fraktionen des Landtags klar gegen eine Berücksichtigung ausgesprochen haben. Wir haben hier von allen Fraktionen gehört, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag verbescheiden zu wollen.

(Zuruf)

Lassen Sie mich ausreden, der Satz hat am Ende einen Punkt.

(Heiterkeit)

Eine Fraktion sagt, sie wolle einen Ortstermin, und wechselt dann zu der Auffassung, die Eingabe der Staatsregierung als Material zu übersenden. Ich habe dann gefragt: Was wollen Sie mit der Übersendung als Material erreichen? Damit nach außen der Eindruck entsteht, wir könnten hier etwas tun, eine Veränderung der Planung erreichen? Das ist schlichtweg längst vom Tisch. Das ist ein Etikettenschwindel! Den machen wir nicht mit.

(Zuruf)

– Danke für den Zwischenruf. – Wir haben hier eine Situation, die mich an einen alten Witz erinnert. Sie kennen das: Einer, der auf der Autobahn auf der falschen Seite fährt, hört im Radio: "Es ist ein Geisterfahrer auf der Autobahn." Dann beginnt er nachzudenken und meint: "Einer? – Nein, Hunderte!"

(Zuruf: Ha, ha!)

Sie sind diese politischen Geisterfahrer.

(Lachen – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Ich sage Ihnen eines: Wir haben die Situation, dass dieses Thema nach zweifachem Aufruf von Sachverständigen verschiedenster Couleur über Parteigrenzen hinweg diskutiert worden ist. Sie sind die Einzigen, die zu der Erkenntnis kommen, dass das noch nicht richtig ist, obwohl man vorher 30 Hektar hatte und jetzt nur noch 17,7 Hektar relevant sind. Obwohl man jetzt – wie viele waren es? – 21,3 Hektar aufforsten will, das sind also deutlich mehr als gerodet werden. Obwohl die Aufforstung jetzt beginnt und die Rodung erst in zehn bis zwanzig Jahren beginnt sagen Sie: Das reicht uns alles nicht. Wir haben immer noch Einwände.

Ich sage Ihnen eines: Irgendwann kann man es Ihnen auch nicht mehr recht machen.

(Zurufe)

Wenn ich dann höre: "Wir sind diejenigen, die Ökonomie und Ökologie vereinen", dann stelle ich mal Folgendes in den Raum: Wissen Sie, wo auf der Welt und zu welchen ökologischen Bedingungen Stahl noch produziert wird? Wir reden hier über das letzte bayerische Stahlwerk! Wir reden hier über den größten bayerischen Recycler. Wir reden hier über 1.300 Arbeitsplätze. Wir reden über 150 neue Arbeitsplätze.

(Zurufe)

Wissen Sie was? Sie wollen, dass wir es in China machen? – Viel Spaß! Gehen Sie davon aus, dass das Weltklima in China besser geschützt wird als bei uns?

(Zuruf)

– Ja ganz im Gegenteil! Wissen Sie: Grüne Politik endet hier ganz klar am Tellerrand. Man sagt: Bei uns daheim möchten wir einen schönen Park. Da soll alles wunderbar ökologisch sein. Wenn weit weg in China unter ganz anderen Umständen produziert wird, dann sehen Sie das nicht. Das sehen auch die Wähler nicht.

Das sieht auch die Bürgerinitiative vor Ort nicht, die uns beim nächsten Mal hoffentlich ihr Vertrauen schenkt.

(Zuruf)

Das ist eine viel zu kurze Sicht. Wir machen diesen viel zu kurzen Sprung nicht mit. Wissen Sie, warum?

(Zuruf)

Im Gegensatz zu Ihnen tragen wir Verantwortung für dieses Land. Wir müssen uns tatsächlich – –

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Wir müssen vor Ort sachgerechte Lösungen erreichen. Ich muss tatsächlich sagen: Wenn ich heute sehe, dass die Geschäftsführung, dass die Bevölkerung, dass der Betriebsrat, dass verschiedene politische Gruppierungen nach intensiven und langjährigen Diskussionen zu dem Ergebnis kommen, sie wollen dieses Projekt mit 1.400 Unterschriften unterstützen, und Sie dann meinen, nachdem Kompromisse gefunden worden sind, aus Gründen, die man heute vielleicht bis zum Ende diskutieren könnte – ich nenne es mal das Interesse, sich politisch zu profilieren –, so etwas hier ins Plenum hochziehen und die Kolleginnen und Kollegen mit einem Thema befassen zu müssen, das längst ausgekocht und entschieden ist und bei dem wir in der Sache keine Kompetenz haben, dann ist das ein Armutszeugnis. In diesem Sinne: § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Frau Alexandra Hiersemann. – Bitte, Frau Hiersemann.

Alexandra Hiersemann (SPD): Lieber Herr Kollege Schwartz, das hat mich jetzt sehr interessiert; denn ich habe die Ehre, mit Ihnen zusammen regelmäßig an den Sitzungen des Petitionsausschusses teilnehmen zu können. An sämtlichen Ortsterminen, an denen ich bisher teilgenommen habe, habe ich auf Bitten der Regierungsfraktionsvertreter teilgenommen. Es waren durch die Bank kommunalpolitische, meistens mit dem Baurecht verbundene Ortstermine, bei denen wir im Vorfeld immer wussten, dass der Petitionsausschuss im Hinblick auf die kommunale Planungshoheit überhaupt keine Einflussmöglichkeit hat.

Sie haben gesagt: Ein Ortstermin dient dazu, sich die örtlichen Gegebenheiten zu vergegenwärtigen, wenn man sie der Akte nicht entnehmen kann. Mehrere meiner Ortstermine waren, wie gesagt, auf Wunsch der anderen Seite dazu da, sich Schwarzbauten anzuschauen, die auf Wunsch der Vertreter der Regierungsfraktionen gerne hätten Schwarzbauten bleiben sollen. Dazu hätte ich nicht dorthin gemusst; denn es war aus der Akte eindeutig ersichtlich, dass es sich um Schwarzbauten handelte.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Alexandra Hiersemann (SPD): Darf ich aus Ihrem Vortrag schließen, dass die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER und der CSU keine Ortstermine mehr im Petitionsausschuss beantragen werden, soweit es um die kommunale Planungshoheit geht?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Harald Schwartz (CSU): Ich kann, werde und will Ihnen nicht sagen, was Sie schließen sollen, und bin mit den Wertungen typischerweise ohnedies nur halb einverstanden. An dieser Stelle sage ich Ihnen aber: Wir werden immer dann, wenn es sinnvoll ist und wenn wir uns die örtliche Gegebenheit anschauen wollen, Ortstermine beantragen, und

(Unruhe)

wir werden das Ganze davon abhängig machen, ob wir vor Ort etwas zu überprüfen haben oder nicht, ganz genau so, wie es bisher war. Wie gesagt: Werten Sie es, wie Sie es möchten. Wir werten es richtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Dr. Schwartz, ich stimme Ihnen in zwei Punkten zu. Ein Ortstermin wäre in diesem Fall tatsächlich nur für die Medien und die Öffentlichkeitswirksamkeit da gewesen. Man kann diesen Sachverhalt auch anders beurteilen, wenngleich ich sonst eine schöne ornithologische Exkursion angeboten hätte. Eine solche habe ich lange nicht mehr unternommen. – Spaß beiseite, Sie haben gesagt, dass es Ihnen hier darum gehe, dieses letzte Stahlwerk zu erhalten. Da muss ich doch einmal fragen: Wenn Ihnen das auf einmal so wichtig ist, wo sind denn dann die ganzen anderen Stahlwerke? Das ist doch über Jahrzehnte hinweg Ihre Verantwortung, der CSU, gewesen, das für den bayerischen Bürger zu bewahren. Genau das haben Sie nicht gemacht, und jetzt halten Sie sich hier am letzten Stahlwerk fest

(Zuruf)

und wollen da diese Verantwortung wahrnehmen. Dabei sieht man gerade in Zeiten von Corona, wie wichtig es ist, dass wir die gesamte Produktionskette noch da haben. Wir sehen es an China. Dort gibt es diese Standortvorteile. Das ist in Deutschland leider nicht mehr der Fall; in Bayern auch nicht mehr. – Meine Frage: Kommt Ihre Einsicht nicht reichlich spät?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Harald Schwartz (CSU): "Herr Professor", meine ich sagen zu müssen, ich glaube, Sie waren immer Beamter. Ich will keinem Beamten zu nahe treten; aber da merkt man ein bisschen, dass wenig aus der Wirtschaft rübergekommen ist,

(Zuruf)

weil ich als Staat, als Vertreter eines Organs, sagen möchte: Ich will überhaupt kein Stahlwerk erhalten. Das ist überhaupt nicht meine Aufgabe. Das macht das Unternehmen. Das sollen Unternehmer machen, die das deutlich besser können. Aber ich will Rahmenbedingungen setzen, die es ermöglichen, dass ein Stahlwerk in Bayern weiter tätig sein kann. Das ist der zentrale Unterschied. Wir denken nicht über Planwirtschaft und Eingriffe nach, wie das möglicherweise bei Ihnen der Fall ist. Wir wollen Rahmenbedingungen setzen, die das Unternehmen – hier konkret: Lech-Stahlwerke – in den Stand versetzen, in Bayern weiter tätig zu sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Das war die letzte Zwischenbemerkung. Keine weiteren Zwischenbemerkungen. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Momentan erleben wir nicht zuletzt infolge der fehlgeleiteten Corona-Politik der Kanzlerin und leider auch des Ministerpräsidenten einen wahrlich dramatischen Einbruch in der Konjunktur. Leidtragende sind neben den durch COVID-19 gesundheitlich Geschädigten vor allem jene, die ihren Arbeitsplatz und ihre wirtschaftliche Existenz bereits verloren haben oder doch akut von deren Verlust betroffen sind. Massiv betroffen sind aber auch unsere Kommunen, die nun den Gürtel enger schnallen müssen oder sich so wie die Landeshauptstadt München mit der Anhäufung eines Schuldenberges in Höhe von 7 Milliarden Euro bis 2024 bis über beide Ohren verschulden.

(Zuruf)

Dabei wäre die Lage sicherlich noch dramatischer, wenn die Bundesregierung und der Freistaat nicht bereits einen wahren Geldregen auf die Städte und Gemeinden hätten niederprasseln lassen.

(Zuruf)

Aber auch die Rechnung hierfür wird der Bürger in den kommenden Jahren zahlen dürfen, vor allem wohl in Form von steigender Inflation.

– So trübe diese Aussichten sind, so froh muss man als Bürger und als Gemeinde sein, wenn so wie hier Unternehmen auch in diesen schwierigen Zeiten weiter in heimische Standorte investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Mit dem Ausbau des Werkes der LSW im Markt Meitingen soll auf einer Fläche von knapp 18 Hektar Platz für weitere 350 Arbeitsplätze in der Herstellung, Verschmelzung und Veredelung von Stahl sowie im Recyclingbereich geschaffen werden. "Klasse!" möchte man da spontan sagen. Genau das brauchen wir doch jetzt in der aktuellen Situation. – Aber natürlich gibt es da auch einen Haken: So sind die benötigten 17,6 Hektar im schönen Bayernland natürlich keine Einöde, sondern Teil des südlich an das Werk anschließenden, rund 47 Hektar großen Bannwaldes. Der müsste insoweit nun partiell weichen.

Beides, Ökologie und Ökonomie, sind der AfD wichtig. Sie werden sich immer wieder in einem Spannungsfeld begegnen und verantwortungsbewusst gegeneinander abzuwägen sein. Es ist also gut so, dass bei solchen Vorhaben viele Seiten ein Wörtchen mitzureden haben. Diesem Anspruch wurde im vorliegenden Fall nach Auffassung der AfD von allen Verantwortlichen in der Gemeinde und den Ministerien Genüge getan. Die Einwände der Bürgerinitiativen und vom BUND wurden insoweit nicht auf die leichte Schulter genommen. So fällt unter anderem der ökologische Aufforstungsausgleich nun umfangreicher aus, als dies gesetzlich eigentlich vorgeschrieben ist.

Der AfD-Fraktion liegt viel an der Bewahrung unserer Heimat und unserer Wälder. Die elementaren Belange der Menschen dürfen aber auch nicht zu kurz kommen. Aus unserer Sicht konnte hier durchaus ein geeigneter Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen gefunden werden, auch wenn klar ist, dass sich ein entsprechendes Projekt nicht ohne Protest vor allem einer ganz bestimmten Partei realisieren lässt, die hofft, hieraus politischen Honig saugen zu können. Ich kann ja verstehen, werte Kollegen von den GRÜNEN, dass Sie nach dem PR-Debakel in

Sachen Seebauer in München-Ramersdorf Ihr ökologisches Image dringend wieder aufpolieren müssen.

(Zuruf)

Denn immerhin wollen Sie dort Bäume für eine geplante Gewerbebetriebserweiterung sogar im reinen Wohngebiet weichen lassen. Dort haben Sie nichts dagegen, vielleicht auch, weil eine grüne Stadträtin hier Nutznießerin ist, ganz frei nach der Devise: Die Würde des Baumes ist unantastbar, es sei denn, die GRÜNEN profitieren davon.

(Beifall bei der AfD)

Sei es, wie es sei: Nachdem Ihnen im Ausschuss kein Ortstermin zugestanden wurde, versuchen Sie nun, die Causa LSW öffentlichkeitswirksam hier im Plenum zu präsentieren. Die AfD übernimmt jedoch das Votum aus dem Ausschuss und bekennt sich, da keinerlei Fehler im Handeln der Gemeinde erkennbar sind, uneingeschränkt zum kommunalen Selbstverwaltungsrecht –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abgeordneter!

Uli Henkel (AfD): – und unterstützt damit gleichzeitig die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Markt Meitingen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Fabian Mehring, Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Politik ist in einer Demokratie naturgemäß immer dann besonders herausgefordert, wenn verschiedene Interessen vorliegen, die allesamt berechtigt sind, sich aber wechselseitig zuwiderlaufen. Es bedarf dann einer sorgsamen Abwägung, ja eines Interessenausgleichs, der in einer sozialen Marktwirtschaft immer dann regelmäßig besonders schwerfällt, wenn immaterielle Güter gegen materielle Güter abzuwägen sind. Nicht ohne guten Grund sind die großen Spannungslinien zwischen Ökologie und Ökonomie längst zu einer großen politischen Masteraufgabe unserer Zeit geworden. Beispiele dafür gibt es zuhauf, von den großen Fragen des Klimawandels angefangen über verschiedentliche Infrastrukturprojekte von Stuttgart 21 bis hin zum Hambacher Forst bis hinunter zu vielen regionalen Fragestellungen, über Umgehungsstraßen bis hin zu den Funkmasten.

(Zuruf)

Kolleginnen und Kollegen, viel zu oft wird nach meiner festen Überzeugung im Zuge dessen zunächst schwarz-weiß diskutiert, und leider wird im Anschluss viel zu oft auch schwarz-weiß entschieden. Politik schlägt sich dann entweder auf die Seite der Ökonomie, und die Anliegen des Anwohnerschutzes und des Naturschutzes geraten zu sehr in den Hintergrund, oder es passiert das Gegenteil davon, und wichtige, zukunftsweisende Projekte werden über Jahre aufgehalten.

Bei Bayerns einzigem Stahlwerk, dem Lech-Stahlwerk in meiner Heimatkommune Meitingen, ist das glücklicherweise anders gelaufen. Es ist deshalb anders gelaufen, weil Politik sich nicht auf die eine oder andere Seite geschlagen hat, weil Politik sich weder zum Pressesprecher der Bürgerinitiativen noch zum Pressesprecher des Stahlwerks gemacht hat, sondern die Rolle von Politik mutig angenommen hat, neutral zwischen allen berechtigten Anliegen zu vermitteln. Ich selbst habe mich

anders als die Kollegin Schuhknecht nicht erst heute mit diesem Thema befasst, sondern die Ortstermine, die sie sich gewünscht hätte, die letzten zwei Jahre über absolviert. Ich war in zweistelliger Häufigkeit sowohl bei den Bürgerinitiativen als auch bei der Stahlwerksführung als auch bei den Azubis. Ich habe nicht zufällig sowohl gemeinsam mit den Bürgerinitiativen die Petition gegen die Werkserweiterung an Staatsminister Thorsten Glauber übergeben als auch die Petition der Stahlwerksführung für die Erweiterung an Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

(Zuruf)

Hubert Aiwanger war als stellvertretender Ministerpräsident persönlich in Meitingen vor Ort, um zwischen allen berechtigten Interessen zu vermitteln. Dabei ist der vom Kollegen Dr. Schwartz hinreichend skizzierte Kompromiss entstanden,

(Zurufe)

ein Kompromiss, nach dem nicht nur die ursprünglichen Pläne der Stahlwerksführung massiv eingekürzt worden sind, sondern demzufolge auch im Anschluss mehr als ein Drittel mehr Wald vor Ort sein wird als derzeit; ein Kompromiss, nach dem die Stahlwerksführung bereits heute auf eigene Kosten – die Kollegin Schuhknecht hätte es bereits in Augenschein nehmen können – den Bestandswald aufforstet; ein Kompromiss, nach dem die Lärmgrenzwerte nicht erhöht werden, also die Belastungen für die Bürger nicht größer werden – ein Kompromiss. Dafür danke ich Umweltminister Thorsten Glauber, nachdem in Zukunft die Messung der Luftgüte vor Ort staatlicherseits sogar noch verbessert wird.

(Zurufe)

Kolleginnen und Kollegen, mir ist sehr klar, dass ob dieser Tatsachen gleichwohl weder aufseiten der Bürgerinitiativen noch aufseiten der Stahlwerksführung die Sektkorken knallen werden. Das liegt in der Natur der Sache; denn die einen wollten mehr, und die anderen wollten weniger. Dennoch liegt jetzt ein Kompromissvorschlag vor, der dem Gesamtinteresse der Region gerecht wird, ja ein Kompromissvorschlag. der auch dem Motto gerecht wird, das seit Jahren auf dem Briefkopf meiner Heimatkommune prangt, die als "Wirtschaftsraum mit Lebensqualität" firmiert. Mit diesem Kompromiss werden wir sowohl dem Anspruch an den Wirtschaftsraum als auch dem Anspruch an die Lebensqualität gerecht, ja wir schaffen es, Ökonomie und Ökologie bestmöglich unter einen Hut zu bringen.

Deshalb will ich nach all den Gesprächen vor Ort, im Marktgemeinderat und im Kreistag jetzt auch im Hohen Haus die Gelegenheit nutzen, von Herzen Vergelts Gott zu sagen – von Herzen Vergelts Gott zu sagen an die Bürgerinitiativen, die gerade nicht als Wutbürger aufgetreten sind, sich nicht an die Bäume gekettet haben, die nicht die Politshow, die heute ein Stück weit anklingt, betrieben haben, sondern als Bürger aus der politischen Mitte mit größtmöglichem Sachverstand verdammt viel für den Anwohnerschutz und für den Naturschutz in meiner Heimat herausgeholt haben. Ich will an gleicher Stelle aber auch ein Vergelts Gott an die größte Industriestiftung Bayerns, die Max Aicher Stiftung sagen, die bereit war, zugunsten des Anwohner- und Naturschutzes weit über das hinauszugehen, was wir legislativ hätten einfordern können. Letztens will ich Vergelts Gott sagen an all die Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik, die sich in diesen Sachverhalt eingebracht haben, auch an die Staatsminister aus dem Kabinett, aber in gleicher Weise auch an das Augsburger Landratsamt, den Meitinger Marktgemeinderat und den Bürgermeister Dr. Michael Higl.

Ich meine, wir haben gezeigt, wie es auch gehen kann und wie man, statt sich auf eine Seite zu schlagen, Ökonomie und Ökologie unter einen Hut bringen kann. Dafür sage ich herzlich Vergelts Gott.

Ich bitte das Hohe Haus, sich der Beschlussfassung des Petitionsausschusses anzuschließen und damit auch die kommunale Leistung, diesen Kraftakt, seitens des Landesparlaments nachzuvollziehen. Ich sage dafür ebenso herzlichen Dank wie fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Sie bekommen eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Alexandra Hiersemann.

Alexandra Hiersemann (SPD): Lieber Kollege Mehring, Sie haben wortreich, um nicht zu sagen fast wuchtig Ihre Rolle dargestellt, in der Sie offensichtlich zwischen verschiedenen Polen inhaltlich hin- und hergerissen waren, hoffentlich nicht zwischen zwei Stühlen gesessen haben.

Wäre nicht genau für eine derartige Situation vor Ort – die Problematik haben Sie wortreich geschildert – ein Ortstermin geradezu das geschaffene Mittel, damit Vertreter aus dem Ausschuss und der dortigen Behörden zusammenkommen, um im Gespräch miteinander vielleicht noch irgendeine Bewegung und ein Aufeinander-Zugehen der betroffenen Kontrahenten zu erreichen? Sie haben ja gesagt, dass Sie zwischen zwei Seiten waren. Warum haben Sie, Ihre Vertreter im Petitionsausschuss, dann gegen diesen Ortstermin gestimmt, der Ihnen doch geholfen hätte?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Hiersemann, ich sage herzlichen Dank für diese Frage und teile zunächst Ihre Eingangsdiagnose, dass es in der Tat seitens der Politik mutig ist, sich auf die Gefahr hin, am Ende des Tages zwischen den Stühlen zu sitzen, in die Vermittlungsrolle zu begeben. Da dies heute nicht stattfindet, führt dies im Endeffekt dazu, dass am Ende des Tages entweder für die Ökologie oder für die Ökonomie entschieden wird, entweder Projekte auf Dauer auf Halde stehen müssen oder aber der Anwohner- und der Naturschutz zu kurz kommen. Deshalb: Ja, ich habe mich sehr bewusst – wenn Sie "wuchtig" sagen, nehme ich das gerne als Kompliment entgegen – dafür entschieden, das anders zu machen.

Auch zur Frage, weshalb der Ortstermin nicht stattgefunden hat, eine klare Antwort, ohne es politisch zu sehr zuspitzen zu wollen: Alles, was ich Ihnen als jemand, der aus der Standortkommune stammt, eben skizziert habe, hat im Verlauf der letzten zwei Jahre stattgefunden. Wenn anschließend einzelne Mitglieder des Bayerischen Landtags eineinhalb Jahre, nachdem wir uns auf einen städtebaulichen Vertrag verständigt haben, feststellen, dass 20 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt ein Stahlwerk ist, dann kann ich zwar einen guten Morgen wünschen, aber nicht alles in Frage stellen, was die kommunalpolitischen Kolleginnen und Kollegen in einem großen Kraftakt bereits geleistet haben. Wir als Bayerischer Landtag sind wohl beraten, davor Respekt zu haben. Ich habe das und stelle mich deshalb an die Seite derer, die da hervorragend verhandelt haben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön, Herr Mehring. Sie können an den Platz zurückgehen. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Margit Wild, SPD-Fraktion.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich war in dem Ausschuss. Ich habe keine einzige Wortmeldung von den FREIEN WÄHLERN vernommen. Das ist auch im Protokoll so zu lesen. Kein Einziger von den FREIEN WÄHLERN hat sich gemeldet.

Zur AfD. Die AfD hat sich an der Diskussion auch nicht beteiligt und war nicht einmal bei der Abstimmung dabei.

(Beifall)

Hier spucken Sie aber große Töne.

Jetzt zur Sache. Von Kollegin Hiersemann wurde intensiv nachgefragt, warum der Ortstermin nicht stattgefunden hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann ich ganz deutlich sagen; das kann ich aus dem Protokoll vorlesen. Kollege Miskowitsch hat nämlich eindeutig gesagt, dass dieser Ortstermin nicht der Erörterung des Sachthemas diene, sondern dass es praktisch Populismus wäre. Ich finde, das ist eine Frechheit gegenüber der Vorsitzenden, gegenüber den Vertretern der GRÜNEN, die Interesse an einem Ortstermin hatten.

(Beifall bei der SPD)

Das finde ich ungut. Das ist eine Heuchelei, weil Sie andererseits auch Ortstermine vorschlagen und wir alle dann immer mitgehen. Dies war aber so klar und so ehrlich. Er hat gesagt, das dient nicht der Sache, sondern ist nur Populismus. Also seid ihr von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN auch Populisten. Etwas anderes kann ich nicht sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten war die Diskussion sehr sachlich. Der Petent ist zu Wort gekommen. Jemand vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist zu Wort gekommen; er hat sich sehr eindeutig dazu geäußert, was es mit dem Waldgesetz auf sich hat. Ich kann das jetzt zitieren, habe aber leider nicht so viel Zeit.

Herr Klaas Wellhausen hat geantwortet – bitte zuhören –, die Maßgabe des Waldgesetzes laute, dass der Wald gleichwertig sei oder gleichwertig werden könne. Ein Zeitmaßstab sei dabei nicht vorgegeben. Hier gehe es um einen Substanz- und Flächenerhalt. Sollte der Funktionserhalt erst in einigen Jahrzehnten erfüllt sein, sei dies nach den Kriterien des Waldgesetzes ausreichend. – Das war für mich eine Ansage, die ich ernst nehme.

Ich war dreißig Jahre in der Kommunalpolitik, und ich achte die kommunale Planungshoheit als ein sehr, sehr hohes Gut, und ich weiß auch, dass sich viele Interessen gegenüberstehen und dass man versucht, einen Ausgleich zu finden. Demzufolge fanden in der Sache auch Runde Tische statt. Man ist sich aber trotzdem konträr gegenübergestanden.

Frau Kollegin Schuhknecht hat nichts anderes gewollt, als einen Ortstermin anzuberaumen, um dort eine Art Mediation durchzuführen. Das ist wohl das Mindeste, was man machen kann.

Jetzt zu dem Abstimmungsergebnis. Ich habe gemerkt, dass der Ausschuss in seiner Gänze – ich war nur als Vertreterin in der Sitzung – mit den Forderungen der GRÜNEN und damit, wie mit der Situation umzugehen ist, zunächst einmal wirklich heillos überfordert war. Beschließt man Berücksichtigung? Beschließt man Material? – Berücksichtigung und Material sind doch Schmarrn. Das hilft der Kommune nicht, und das hilft auch dem Petenten nicht. Da war ich es, liebe Kolleginnen und Kollegen, die einfach aus ihrer langen Erfahrung heraus gesagt hat: Beschließen wir doch, die Eingabe nach § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischer Landtag für erledigt zu erklären mit der Maßgabe, den Belangen des Bannwaldes besonders Rechnung zu tragen und dem Petenten Text und Protokoll zu übersenden. Mir ist gesagt worden, dass man das versucht hat.

Ich finde es etwas merkwürdig – das habe ich mitbekommen –, dass bereits am 19. Januar an den Petenten eine Nachricht mit dem Ergebnis der Beratung des

Petitionsausschusses versandt wurde, wir hier aber noch diskutieren. Was soll das eigentlich? Ich muss ganz ehrlich sagen, dass in der Organisation irgendetwas falsch gelaufen ist. – Du siehst mich so befremdlich an, lieber Tobias Reiß. Ich habe das Schreiben hier vorliegen. Das Ergebnis der Beratung des Petitionsausschusses ist schon versandt worden, wir diskutieren hier aber noch. Ich bin etwas irritiert. Das darf ich auch einmal so sagen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Wild, sowohl Ihr persönliches Engagement als auch Ihre Erfahrung in allen Ehren – ich komme jetzt nicht umhin, im Dienst der Wahrheit und Klarheit klarzustellen, wer die großen Reden in München schwingt und wer sich vor Ort tatsächlich um die Sache gekümmert hat. Sie verweisen auf Wortmeldungen im Ausschuss und zählen diese durch.

Es hat zwar kein Ortstermin des Petitionsausschusses stattgefunden, aber die FREIEN WÄHLER waren mit zwei Staatsministern, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Umweltminister, persönlich vor Ort und haben eine Lösung herbeigeführt. Wenn ein halbes Jahr, nachdem es uns gelungen ist, diese Quadratur des Kreises zu vollbringen, Ihrerseits nicht mehr Kritik übrig bleibt als diejenige, dass Sie gerne ein halbes Jahr, nachdem alles zu Ende war, noch einen Ortstermin gehabt hätten, dann, glaube ich, können wir vor Ort und hier im Bayerischen Landtag gut damit leben.

Ich biete Ihnen allerdings an: Wenn es Ihnen nicht um politische Reden und um eine Eintagsfliege heute in München, sondern wirklich um das Thema geht, dann lade ich Sie auf diesem Wege gerne persönlich zum Ortstermin ein, sobald Corona dies wieder zulässt. Sie bekommen sogar einen Kaffee und eine Brotzeit in meinem Stimmkreisbüro, und dann zeige ich Ihnen, was wir vor Ort auf den Weg gebracht haben.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Kollege Dr. Mehring, jetzt wird es aber sehr privat. Das lassen wir jetzt lieber. Was wäre es denn gewesen? Ich habe Ihnen zugehört, und dann habe ich Ihren pathetischen Worten natürlich sehr wohl entnehmen können, dass Sie dort natürlich einen großartigen Ortstermin durchgeführt haben. Das ist ja toll, und das ist gut.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zehn, Frau Kollegin! Zehn! Locker zehn!)

Aber warum hat denn keiner Ihrer Kollegen das auch gesagt? Es waren FREIE WÄHLER anwesend. Im Protokoll steht davon nichts. Ich kann für mich in Anspruch nehmen – ich sitze da nicht zwischen den Stühlen –, dass ich um eine sachliche Argumentation bemüht war. Es ist mir immerhin gelungen, eine gute und sachliche Entscheidung herbeizuführen. Was wollen Sie denn mehr? Also bitte!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Wild. – Damit kann ich den Abgeordneten Sebastian Körber von der FDP-Fraktion als Redner aufrufen.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir aus der Privatsphäre des Kollegen Mehring und der Frau Kollegin Wild wieder heraus.

Grundsätzlich kann ich den inhaltlichen Ausführungen des Kollegen Miskowitsch und des Kollegen Schwartz vollumfänglich zustimmen. Ich sehe keinen Grund, warum man hier das Votum der FDP-Fraktion, nach § 80 Nummer 4 zu beschließen, korrigieren sollte, und deswegen bleibt es auch dabei.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist 18:01 Uhr. Die Abstimmung wird damit heute nicht mehr durchgeführt.

(Unruhe)

– Das ist so. Das werden wir beim nächsten Plenum machen.

Damit sind wir am Ende der Sitzung, und ich wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 18:01 Uhr)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.02.2021 **Drucksache** 18/**13390**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Eingabe
betreffend Einwände gegen die geplante Erweiterung eines Industriebetriebs
(EB.0546.18)

Der Entscheidung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären mit der Maßgabe, dass den Belangen des Bannwaldes besonders Rechnung getragen wird, und dem Petenten die Stellungnahme der Staatsregierung sowie einen Protokollauszug zu übersenden, wird zugestimmt.

Die Präsidentin

I. V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Eingabe betreffend Einwände gegen die geplante Erweiterung eines Industriebetriebs, Az.: EB.0546, aus der Plenarsitzung vom 04.02.2021

Über diese Eingabe konnten wir in der letzten Plenarsitzung am 4. Februar 2021 aus Zeitgründen nicht mehr abstimmen. Nach dem Bayerischen Petitionsgesetz und der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag ist der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen.

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich in seiner 30. Sitzung am 25. November 2020 mit der Eingabe befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 unserer Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären mit der Maßgabe, dass den Belangen des Bannwaldes besonders Rechnung getragen wird. Zudem wurde beschlossen, dem Petenten die Stellungnahme der Staatsregierung und einen Protokollauszug zu übersenden.

Wer dieser Entscheidung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Entscheidung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden entsprochen worden.